

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 27/3 (2000)

DOI: 10.11588/fr.2000.3.61915

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

entstehenden totalitären Regime in der Sowjetunion und Deutschland verantwortlich, deren menschenverachtende Vorgehensweise durch die von Gilbert im Detail geschilderten Maßnahmen gegen die Kulaken in der UdSSR und die Juden in Deutschland dem Leser nachdrücklich vor Augen geführt wird. In diesen Abschnitten gelingt es ihm, ein eindringliches Bild von dem alltäglichen Terror totalitärer Staaten zu zeichnen, wenngleich sich die einzelnen Episoden auch hier nicht zu einer Gesamtinterpretation verdichten.

Rainer LAHME, Büchlberg

Antoine FLEURY (Hg.) en collaboration avec Lubor JÍLEK, *Le Plan Briand d'Union fédérale européenne. Perspectives nationales et transnationales, avec documents. Actes du colloque international tenu à Genève du 19 au 21 septembre 1991*, Frankfurt a. M. (Peter Lang) 1998, XVI–610 S.

Der Briand-Plan von 1929/30, der am 1. Mai 1930 als Memorandum der französischen Regierung 27 europäischen Staaten vorgelegt wurde und die Ordnung der Organisation einer »Europäischen Föderalen Union« einzuleiten suchte, ist bekanntlich gescheitert. Trotzdem wird er häufig als Vorläufer des europäischen Zusammenschlusses nach dem Zweiten Weltkrieg angeführt. Erstmals haben sich nun 40 europäische Historiker 1991 in Genf zu einem Kolloquium zusammengefunden, um näher zu untersuchen, in welchem Maße in diesem ehrgeizigen europäischen Projekt eines Bundessystems eine umfassende Zusammenarbeit der europäischen Staaten angestrebt wurde. Das Projekt wurde durch die Weltwirtschaftskrise, die untereinander stark abweichenden Stellungnahmen der großen europäischen Mächte zu Briands Projekt und die Regierungsübernahme der Nationalsozialisten zu Fall gebracht. Trotzdem erscheint es gerade aus der aktuellen Sicht der europäischen Erweiterung wichtig, der Frage nachzugehen, wie konstant und historisch bedingt die Ansichten und Interessen der einzelnen Nationen in bezug auf ein vereinigtes Europa sind.

Die Frage nach den Nationalinteressen der behandelten europäischen Staaten ist der leitende Gesichtspunkt dieses von Antoine FLEURY und Lubor JÍLEK (beide Genf) edierten Sammelbandes mit 39 Aufsätzen. Besonders interessant und aufschlußreich ist die hohe Zahl von beteiligten Historikern aus Osteuropa. Von ihnen werden nach dem Umbruch ihrer Staaten in diesem Band einige hervorragende Beiträge vorgelegt, die größtenteils aus den neu zugänglichen Archiven gearbeitet sind. Der Fall des Eisernen Vorhangs wie das Ringen um Demokratie und westliche Werte in den von sowjetisch-kommunistischer Vorherrschaft befreiten Staaten des Ostens gab denn auch den Anlaß für das Kolloquium, um in historischen Analysen die Zeit zwischen den Weltkriegen in den Blick zu nehmen. Neue Kontakte und die wechselseitige Wahrnehmung zwischen Historikern aus Ost und West bildete somit eine wichtige Motivation der Genfer Tagung.

Wie die Ambiguität und Doppelgesichtigkeit des Briand-Plans zwischen traditionellen National- und Machtstaatsinteressen und einer zukunftssträchtigen supranationalen Zusammenarbeit in Europa nur aus dem Jahrzehnt nach dem Ende des Ersten Weltkrieges heraus verständlich wird, machen die Beiträge auf sehr unterschiedliche Weise deutlich. Nach einem knappen einführenden Vorwort des Genfer Historikers Antoine FLEURY eröffnet Jacques BARIÉTY mit einem tiefgründigen und anregenden Aufsatz über Aristide Briand den Sammelband. Dort werden die Gründe erörtert, warum Briand sich mit seinem Europaplan im französischen und europäischen öffentlichen Bewußtsein so wenig nachhaltig behauptet hat. Eindrucksvoll weist Bariéty nach, wie Briand sowohl durch seine Erfahrungen im Ersten Weltkrieg wie vor allem seit seiner ersten Reise in die USA 1921 durch seine Kontakte mit Amerika zum bewußten und zielstrebigem Europäer wurde. Briand erkannte die Schwäche Frankreichs und wählte daher bewußt den europäischen Weg, um Frankreich mit dem alten Kontinent eine neue Zukunft zwischen den Großmächten UdSSR und USA

zu eröffnen. Mit diesen weitsichtigen Fähigkeiten, die langfristige Schwäche Frankreichs zu analysieren, mußte er aber im Vergleich zu Politikern und Propagandisten der *grandeur* Frankreichs – wie de Gaulle – in der historischen Erinnerung unterlegen sein. Nach den Enttäuschungen mit den Amerikanern im Zusammenhang mit dem Briand-Kellogg-Pakt setzte Briand auf ein europäisches Sicherheitssystem, das dann in seinem Europa-Plan 1929/30 kulminierte. Die antiamerikanische Ausrichtung des Briand-Plans war nach Ansicht Bariéty aber nicht nur einer der ausschlaggebenden Gründe für sein Scheitern, sondern auch dafür, daß er später in seiner durchaus anzuerkennenden politischen Bedeutung der Vergessenheit anheim fiel. Bariéty erklärt auch die Probleme der Historiographie mit der Geheimhaltung, die Briand lange Jahre im Hinblick auf seinen Europaplan hegte und daher in seinen Planungen das Quai d'Orsay kaum einbezog. Somit mußte auch der Rang in der späteren Erinnerung – unabhängig vom Scheitern – darunter leiden, daß Briand den Plan so lange als seine persönliche Sache betrieb und nur wenige Stellen und Politiker in seine Überlegungen einbezog.

Zugleich waren aber in den zwanziger Jahren Fragen der europäischen Kooperation und des europäischen Zusammenschlusses keineswegs nur ein individuelles Anliegen des hell-sichtigen französischen Außenministers oder der Diplomatie. Es gab vor allem in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre auch eine Reihe intellektueller und vor allem wirtschaftlicher Bewegungen, die in der Richtung und teilweise auch im Hinblick auf das Ziel mit Briand übereinstimmten. Zugleich ist es aber oft sehr schwer, direkte Kontakte und Einflußnahmen zu rekonstruieren, wie dies in der älteren Forschung der Europabewegungen oft voreilig versucht wurde.

So stehen im ersten Teil über intellektuelle und Europa-Bewegungen (Beiträge von Laurence BADEL, Martin POSSELT, Rosa MUNOZ FONTENLA und Józef LAPTOŚ) auch eher die Parallelen und Rezeptionen im Mittelpunkt, die es zwischen Briands Europaplan einerseits und den Plänen einer Wirtschafts- und Zollunion in Frankreich andererseits, zur Zeitschrift *Panuropa*, zur Europaidee Ortega y Gasset und zur Aufnahme der Projekte der *Panuropa-Union* und des Verbandes für europäische Verständigung in Polen gab. Direkte Einflüsse auf Briands Europaplan lassen sich dabei nicht nachweisen – allerdings eine Vielzahl paralleler Unternehmungen, die ein proeuropäisches Meinungsklima zu schaffen und zugleich sich politischen Einfluß zu sichern suchten. Dabei liefen die Initiativen sehr viel häufiger nebeneinander als miteinander oder gar koordiniert. Die auswärtigen Ämter beobachteten, unterstützten oder nutzten sogar teilweise die privaten Initiativen, hielten aber zugleich Distanz zu diesen europäischen Nebenschauplätzen nichtamtlicher Außenpolitik. So waren die Konkurrenzen zwischen der »Europäischen Zollunion«, der »Panuropa-Union« und dem »Verband für Europäische Verständigung« unübersehbar. Zugleich macht vor allem der Beitrag von L. BADEL deutlich, daß mit dem Tode Briands und dem Ende seines Planes 1932 die europäischen Bewegungen keineswegs am Ende waren, sondern auf verschiedenen Ebenen und mit verschiedenen Projekten weiteragierten, da sie eben keineswegs nur der direkten Begleitung des Briand-Planes dienten.

Diese Kontinuitäten werden noch deutlicher auf dem Feld der wirtschaftlichen Kooperation in Europa, dem sich der zweite Teil zuwendet. Eric BUSSIÈRE rückt den Briand-Plan in das größere Umfeld wirtschaftlicher Rekonstruktions- und Kooperationspläne im Europa der zwanziger und dreißiger Jahre. Dabei sieht er den Briand-Plan an einer Scharnierstelle zwischen den Projekten eines »Europas der Produkteure«, wie es zwischen 1925 und 1929 propagiert wurde, und dem Rückzug auf begrenzte regionale Einigungsversuche, nachdem die Wirtschaftskrise die Unmöglichkeit globaler Lösungen gezeigt habe. Der Briand-Plan war demnach selbst ein Anzeichen für den Beginn der Phase regionaler Einigungsversuche nach dem Scheitern globaler Ansätze. Die oft kaum mit dem Briand-Plan deckungsgleichen Wirtschaftsinteressen Belgiens, der mitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechoslowakei und Ungarns sowie Großbritanniens behandeln Michel DUMOULIN, Zdenek SLÁDEK und Robert

W.D. BOYCE in ihren Aufsätzen. Skepsis und Ablehnung herrschten in diesen Ländern vor. Dabei spielte vor allem die Krise des britischen Handelsliberalismus eine verhängnisvolle Rolle für das wirtschaftlich bereits zum Scheitern verurteilte Europa-Projekt Briands. Die Chancen des Briand-Plans, ein Stück wirtschaftlichen Liberalismus in Europa zu retten, wurden gerade von der ehemals führenden liberalen Vormacht Großbritannien torpediert, wie Boyce in seinem fundierten und erhellenden Beitrag nachweist.

Der dritte Teil versucht die Aufnahme nachzuzeichnen, die der Briand-Plan in den politischen Milieus und der öffentlichen Meinung der Niederlande (Hein A. M. KLEMANN), bei den italienischen Antifaschisten (Coirrado MALANDRINO), bei den Tschechen und Slowaken (Bohumila FERENCUHOVÁ) und Spaniern (José L. N. HERNÁNDEZ/Antonio M. JUSTE) wie Griechen (Constantin SVOLOPOULOS) erfuhr. Die Niederländer waren dabei ähnlich wie die Belgier sehr viel mehr am Vorschlag des belgischen Ministers Hymans für eine große Freihandelskonferenz im Rahmen des Völkerbundes als am zeitgleich verkündeten Briand-Plan interessiert. Ähnlich wie bei den Briten spielten in diesen Ländern noch viel stärker koloniale Wirtschafts- und Überseeinteressen eine Rolle als europäische Fragen. Wegen des zunehmenden Protektionismus gerade der wichtigsten Handelspartner England und Deutschland waren für die kleinen Exportstaaten Handelsfragen in der Wirtschaftskrise sehr viel wichtiger als föderale Europapläne, denen lediglich eine begleitende Rolle zugebilligt wurde.

Mit dem Scheitern der Freihandelskonzepte und der britischen und deutschen Ablehnung des Briand-Plans verloren auch die belgischen und die niederländischen Befürworter ihr Interesse. Mit zunehmendem Gewicht der Wirtschaft in der Krise 1930 mußte es zum Scheitern des Briand-Planes beitragen, daß er gerade im Gegensatz zu den die Zeitgenossen bedrängenden Problemen das Gewicht vom Wirtschaftlichen stärker ins Politische verschoben hatte.

Ein vierter Teil behandelt die Position der internationalen Institutionen zum Briand-Plan am Beispiel des Völkerbundes (Marie-Renée MOUTON), des 1905 gegründeten Internationalen Instituts für Landwirtschaft (Luciano TOSI) und der vor allem in den kleineren Ländern wichtigen »Grünen Internationale« (Bianca Valota CAVALLOTTI). Wie M.-R. Mouton nachweist, waren zu Beginn die Befürchtungen und die Kritik in den Genfer Büros des Völkerbundes ausgesprochen stark, daß Briands Europäische Union den Völkerbund und seine Arbeit in Frage stellen und schwächen würde. Mit den eingehenden – überwiegend abschlägigen oder kritischen – Antworten der europäischen Regierungen sah sich der Völkerbund dann hingegen in seiner Position gestärkt und bestätigt. Dazu trug nicht zuletzt die Lösung bei, die mit der Einrichtung einer Studienkommission für die Europäische Union innerhalb des Völkerbundes gefunden wurde, um den Bedenken einer Aushöhlung der internationalen Organisation entgegenzukommen. Die institutionelle und politische Unverbindlichkeit der Studienkommission trug danach aber auch zur Folgenlosigkeit der ursprünglichen Absichten des Briand-Planes bei. Entscheidend für das Scheitern waren aber letztlich weder die Konkurrenzen und Schwächen innerhalb der europäischen Bewegungen noch die wirtschaftlichen Probleme oder die öffentlichen Meinungen einzelner Länder oder die Sorgen des Völkerbundes, sondern die ablehnenden und skeptischen Reaktionen der Regierungen in ihren Antworten auf das französische Memorandum.

Diesem Komplex gilt der fünfte und bei weitem umfangreichste Teil des Sammelbandes. An erster Stelle behandeln Peter KRÜGER und Martin VOGT die deutschen Reaktionen. Es folgen die Darstellungen Italiens (Marta PETRICIOLI), Großbritanniens (Andrea BOSCO), der Schweiz (Antoine FLEURY), Dänemarks (Kay LUNDGREEN-NIELSEN), Norwegens (Nils A. ROHNE), Lettlands (Valdis BERZINS), Litauens (Alfonas EIDINTAS), Polens (Andrzej CHRZANOWSKI/Tomasz SCHRAMM), Österreichs (Jan TOMBINSKI), Ungarns (Maria ORMOS), Rumäniens (Dan BERINDEI), Jugoslawiens (Milan VANKU), der Donaustaaten (Magda ADAM), Bulgariens (Milène SEMKOV), Albaniens (Gazmend SHPUZA), Griechenlands (Domna DON-TAS), der UdSSR (Zinaida BELOUSSOVA), Portugals (José MEDEIROS FERREIRA) und Spa-

niens (Maria-Teresa MENCHEN BARRIOS). Gerade in den mitteleuropäischen und in den kleinen Staaten war dabei ein Interesse an europäischen Regionallösungen besonders groß, ohne daß daraus eine einfache oder weitgehende Zustimmung zu Briands Plänen resultieren mußte. Für die Existenz gerade der Verliererstaaten wie z.B. Österreich war es lebensnotwendig, Versöhnung, europäische Solidarität und die Organisierung Europas herbeizuführen. Dabei wurden gerechte Lösungen im Sinne mitteleuropäischer Interessen als notwendig eingefordert, und Österreich machte sich oft zum Anwalt dieser mitteleuropäischen Interessen. Damit rückt nach dem Scheitern des Briand-Planes auch das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt bei Tombinski in ein neues, stärker europäisches Licht.

Im Mittelpunkt der Aufsätze von KRÜGER und VOGT steht die politisch-diplomatische Ebene des Auswärtigen Amtes. Aus dieser Perspektive erscheint nach Krüger vor dem Hintergrund einer stark idealisierenden Bewertung der Locarno-Ära überhaupt nur bis zum März 1930, dem Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik, ein realistischer europäischer Dialog auf deutscher Seite mit Frankreich möglich (S. 289). Dabei wird meines Erachtens bei allem Gewicht der wichtigen außenpolitischen Führung zu wenig beachtet, daß es auch andere politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Träger einer Kooperation mit Frankreich und einer Lösung europäischer Probleme gab, die neben oder unabhängig von der Wilhelmstraße oder einem parlamentarischen System agieren konnten. Es gab eben nicht nur den Weg Stresemanns, sondern ein breites Spektrum europäischer Lösungen schien sich den Zeitgenossen zu eröffnen, so daß die europäische Idee zunehmend an Attraktivität gewann. Keineswegs pflegten nur parlamentarisch oder gar nur demokratisch-liberal eingestellte Politiker einen deutsch-französischen Meinungs-austausch. Krüger gibt selbst darauf Hinweise, indem er auf die Fruchtlosigkeit der Antithese von Mitteleuropa und Paneuropa hinweist, während aus der Zeit heraus beide Zielsetzungen lediglich als Varianten regionaler Organisation von enger verflochtenen Wirtschaftsräumen aufgefaßt wurden (S. 291). Häufig genug gaben konkrete wirtschaftliche, geschäftliche oder ideologische Interessen den Ausschlag für die Bevorzugung europäischer Lösungen und keineswegs irgendeine »europäische Idee«. Auch hier weist Krüger ausdrücklich darauf hin, wie seit 1925 die deutsche Wirtschaft wachsend Interesse an »unterschiedlichen Formen europäischer Organisation« äußert (S. 295). Das waren dann allerdings Fragen und Lösungen, die mit einem parlamentarischen Regierungssystem in Deutschland wenig zu tun hatten. Und so stellt Krüger am Ende seine eigene, eingangs aufgestellte These vom ausschlaggebenden Faktor der parlamentarischen Regierung für deutsch-französische Absprachen in Frage, indem er betont: »Konkrete wirtschaftliche Interessen für begrenzte Verhandlungen und Abmachungen waren vorhanden. Sie hätten zu langwierigen Auseinandersetzungen geführt, aber Interessen waren gerade angesichts des noch stark von nationaler Souveränität bestimmten Denkens die unentbehrliche Voraussetzung für internationale Einigungen und boten die einzige Basis für europäische Regelungen« (S. 306). Wirtschaftliche Interessen aber haben mit parlamentarischer Regierungsform direkt nichts zu tun.

Ähnlich wie in dem Aufsatz von Peter Krüger gilt auch insgesamt für den Band, daß die Probleme der demokratischen Ordnung Europas, des liberalen Grundrechts- und Verfassungsstaates sowie der pluralistischen und freiheitlichen Gesellschaftsordnung in Europa in den Beiträgen nur sehr peripher oder so gut wie gar nicht behandelt werden. Indem der Focus stark auf Wirtschaft und Regierungshandeln zugespitzt wird, werden diese Defizite des Briand-Plans so auch von der Historiographie nicht thematisiert. Eigentlich erscheint dies um so erstaunlicher, da besonders viele osteuropäische Historiker beteiligt sind, denen nach dem Umbruch seit 1989 ja gerade das Problem einer Demokratisierung und gesellschaftlichen Modernisierung auf den Nägeln brennen mußte. Briand selbst hatte ein Sensorium für das Problem, indem er gestand, daß er aufgrund seiner intensiven Verständigungsbemühungen sowohl mit dem faschistischen Italien wie dem reaktionär-revisionistischen

Deutschland deutliche innenpolitische Kritik erfahren habe (S. 250). Der Zeitpunkt des Briandschen Europaplans, genau im Scheitelpunkt – zehn Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, zehn Jahre vor dem Beginn des Zweiten – der Zwischenkriegszeit war eben nicht nur ein wirtschaftlicher Wendepunkt und ein Punkt der Wahl zwischen Nationalegoismen und europäischer Solidarität, sondern es ging auch um die Frage, ob Europa einen freiheitlich-demokratischen oder einen autoritär-faschistischen und schließlich nationalsozialistischen Weg gehen sollte. Genau diese Fragen standen den Zeitgenossen aber viel zu wenig im Mittelpunkt, während sie über die Formen und Möglichkeiten regionaler Lösungen debattierten.

Auch vor diesem Hintergrund erscheint es bedauerlich, daß der Band keinen Beitrag über die innerfranzösische Debatte und den Weg von den individuellen Plänen Briands Ende der zwanziger Jahre zum keineswegs widerspruchlosen Memorandum der Regierung vom Frühjahr 1930 enthält. Das innerfranzösische Für und Wider um eine europäische Union und die Vorteile und Nachteile einer europäischen Initiative waren sicher genauso facettenreich, widersprüchlich und umstritten, wie es in diesem Band für andere europäische Staaten oft vorbildlich demonstriert wird. Auch Frankreich verfolgte eben in erster Linie nationalegoistische Interessen mit dem Briand-Plan.

Die nicht geringen Vorzüge des durch ein Personenregister erschlossenen Bandes liegen vor allem darin, daß er deutlich macht, wie weit geographisch und inhaltlich bereits in der Zwischenkriegszeit das Thema Europa die politischen Debatten in den verschiedenen Ländern erregen und bestimmen konnte, ohne daß es bereits zu einem konkreten Zusammenschluß gekommen ist. Gerade Ost- und Südeuropa lieferten dazu wichtige Beiträge. Es wäre im Sinne des weiteren europäischen Zusammenwachsens auch der Geschichtsschreibung hilfreich gewesen, wenn in einem Überblick die Kurzbiographien aller beteiligten, teilweise bisher in westlichen Ländern wohl eher weniger bekannten und jüngeren Historiker vorgestellt worden wären. Da der Band nicht nur mehrsprachig verfaßt ist, sondern zudem eine sehr hohe Zahl von Aufsätzen enthält, unter denen französische Aufsätze überwiegen, wäre eine Zusammenfassung, eventuell in englisch, hilfreich für den internationalen Benutzerkreis, der sich knapp über die Ergebnisse des Kolloquiums informieren möchte. So wird er an Stelle eines wissenschaftlichen Resümees vielleicht zum französischen Regierungsbericht über die Ergebnisse der Umfrage bei den europäischen Regierungen von Anfang September 1930 greifen, der nach dem Memorandum (Annex I) den abschließenden Annex II des Bandes bildet.

Guido MÜLLER, Ludwigsburg

Eva BUCHHEIT, *Der Briand-Kellogg-Pakt von 1928. Machtpolitik oder Friedensstreben?*, Münster (Lit) 1998, 439 S. (Studien zur Friedensforschung, 10).

Die 1995 an der Universität Köln eingereichte Dissertation von Eva Buchheit gehört zu den wenigen Werken, die den Kriegsächtungspakt von 1928 behandeln.

Buchheit rekonstruiert die Geschichte des Briand-Kellogg-Pakts von Beginn der französisch-amerikanischen Verhandlungen im April 1927 bis zur Unterzeichnung des Pakts am 27. August 1928 in Paris. Darüber hinaus faßt sie die Ratifikationsdebatten im Deutschen Reich, in Frankreich und Großbritannien zusammen. Außerdem wird die Beurteilung des Briand-Kellogg-Pakts aus zeitgenössischer völkerrechtlicher Sicht wiedergegeben.

Im Zentrum der diplomatiegeschichtlichen Darstellung steht die Untersuchung der französischen, britischen und deutschen Reaktion im Rahmen der Verhandlungen um den Briand-Kellogg-Pakt und ihre Wirkung auf die Entstehung des Pakts. Am Rande werden gesellschaftliche und völkerrechtliche Aspekte, die zur Entstehung des Kriegsächtungspakts von 1928 beigetragen haben, erläutert.